

BERN**bilingue**

Freunde des Berner Jura • Amis du Jura Bernois

Bulletin November 2009



*Verbindungen im Jura
Correspondances dans le Jura*

■ Verbinden statt trennen	3	■ Die «Haute École Pédagogique – BEJUNE»	24
■ Neue Juraplebiszite?	6	■ Le BLS au service des Romands	28
■ Berner Jura – Biel/Bienne im Jahre 2020	11	■ Die BLS im Dienste der Romands	31
■ Intervalles, das Kulturmagazin der französischsprachigen Bern	13	■ Mittagstisch mit den bernischen Grossrätinnen und Grossräten	33
■ Intervalles, la revue culturelle des Bernois romands	14	■ Pflege der Freundschaft	34
■ Les collaborations intercantionales: un modèle en perpétuelle évolution	15	■ Wandervorschlag	35
■ Bezirksreform und Justizreform	18	■ Pro Patria – 100 Jahre jung!	37
		■ BERNbilingue Vorstand	38

Quelle Fotos und Illustrationen:

Titelblatt: CJ, übrige Fotos: Hans Gerber-Streit, Schüpbach; Porträts zvz

Verbinden statt trennen

mst. Intervalles heisst eine grössere Beachtung verdienende und in diesem Heft vorgestellte kulturelle Zeitschrift, die Grenzen überwinden will, z.B. die Grenze zum Verständnis unserer französischsprachigen Mitbürger. Fast liest sich der Titel wie «Intervallées», verstanden als Einladung, geographisch eng definiertes Denken zu verlassen und den Blick ungeachtet der Grenzen in die Ferne schweifen zu lassen.



*Michael Stämpfli
Präsident BERNbilingue,
Bern*

Die prächtige Juralandschaft, die der moderne Zug der Chemins de fer du Jura durchfährt, liegt vielleicht im Kanton Jura, vielleicht im Berner Jura oder gar im Kanton Neuenburg, wir wissen es nicht, und es spielt auch keine Rolle.

Was zählt, ist der Umstand, dass Verkehrswege wie hier die Chemins de fer du Jura schon immer Menschen einander näher gebracht und miteinander verbunden haben. Die Chemins de fer du Jura feiern dieses Jahr ihr 125. Jubiläum. Die Bahn hat alle Stürme der Jurapolitik unbeschadet überstanden und floriert mit innovativen Ideen.

Verbindungen können unbehindert von Kantonsgrenzen auch auf anderer, institutioneller Ebene geschaffen werden, und so ist denn das vorliegende Heft schwergewichtig überkantonalen Verbindungen und Zusammenarbeitsformen in den verschiedensten Zusammenhängen gewidmet.

Mit Herzblut setzt sich der Regierungspräsident der Waadt, Pascal Broulis, in seinem Artikel für innovative, flexible und realitätsbezogene interkantonale Zusammenarbeitsformen ein. Das jüngste Kind solcher Ideen, die Initiative arcjurassien.ch, der Regierungsrat Broulis vorsteht, betrifft auch den Berner Jura. In Vereinsform haben sich die Kantone Waadt, Neuenburg, Bern und Jura zum Ziel gesetzt,

den Jurabogen besser zu vernetzen und die überkantonale Zusammenarbeit im Jurabogen zu vertiefen.

Ein anderes Beispiel funktionierender Zusammenarbeit ist die pädagogische Hochschule BEJUNE, die wir ebenfalls in diesem Heft kurz vorstellen. Man kann aber auch an Zusammenarbeit im Tourismus oder in der Wirtschaft denken. Weder der Tourist noch die Geschäftsmöglichkeiten halten sich an Grenzen. Partner und Ausrichtung der überkantonalen Kooperationen sind wechselnd, je nach Interessen. So hat sich jüngst der Kanton Jura hinsichtlich Wirtschaftsförderung aus dem Westschweizer Verbund gelöst und sich der Basel Area, der Wirtschaftsförderung beider Basel angeschlossen, weil das den Interessen des Kantons Jura besser entspricht. Demgegenüber hat sich Bern (mit dem Berner Jura) mit dem Wirtschaftsraum der Westschweiz für die Standortpromotion zur Greater Geneva Berne Area verbunden. Ideologisch-politische Barrieren wurden in beiden Fällen überwunden, soweit es sie noch gab.

BERNBilingue hat sich immer für die Logik des Verbindens anstelle des Trennens ausgesprochen. Je mehr über Kantongrenzen und vor allem auch Sprachgrenzen hinweg kooperiert wird, desto besser. Entsprechend sind wir auch überzeugt davon, dass interessengerechten, sachbezogenen Zusammenarbeitsformen die Zukunft gehören wird und dass sich die Bedeutung der Kantone relativieren wird. Grabenkämpfe aus nationalistisch-ideologisch ausgestalteten Schützengräben sind passé.

Vereinsversammlung vom 13. Mai 2009

Im Zentrum der diesjährigen, gut besuchten Vereinsversammlung stand ein Referat von Hans Stöckli, dem Stadtpräsidenten von Biel, der sich zukunftsgerichtet über das Verhältnis seiner Stadt zum Berner Jura äusserte (siehe Beitrag weiter hinten). Die Versammlung befand aufgrund der zeitlichen Nähe der Versammlung zur Veröffentlichung des Berichts der Assemblée interjurassienne über die institutionelle Zukunft des Juras auch über eine Resolution, in welcher die Vereinigung einstimmig ihre Verbundenheit mit dem Berner Jura als eines Teils des zweisprachigen Kantons Bern bekräftigte.





Neue Juraplebiszite?

mst. Ende Mai veröffentlichte die Assemblée Interjurassienne (AIJ) ihren Bericht über die politische Zukunft des Juras. In ihrem Bericht konzentrierte sich die AIJ auf zwei Optionen für eine mögliche politische Beilegung des Jura-konflikts:

- Die Bildung eines grösseren Kantons Jura, umfassend den heutigen Kanton Jura und den Berner Jura;
- Eine verbesserte Kooperation von Berner Jura und Kanton Jura, kurz als «Status quo plus» bezeichnet.

Die AIJ hielt die Idee der Schaffung eines neuen Kantons letztlich für das interessantere Projekt, sprach sich aber am Ende weder für das eine noch für das andere Projekt aus, weil dies eine politische Frage sei, die letztlich nur das Volk entscheiden könne. Der Bericht der AIJ spricht sich daher für eine Fortsetzung des Dialogs über eine interaktive Informationsphase und letztlich für neue Juraplebiszite aus.

Die Weichen wurden 1994 gestellt

Mit dem Accord des 25. März 1994 zwischen Bern, dem Jura und der Eidgenossenschaft wurde beschlossen, den Akzent inskünftig auf den Dialog und die Kooperation statt den Konflikt zu legen. Als «objectif prioritaire» galt: «régler politiquement le conflit jurassien» oder «les négociations en cours doivent déboucher sur un véritable projet pour la région jurassienne».

Der Kanton Jura anerkannte dabei den Berner Jura «en tant qu'entité définie par la nouvelle Constitution bernoise» und bezeichnete dies als «concession

de taille». Die jurassische Regierung verzichtete auch auf das Gesetz «UNIR» und bezeichnete die «réunification» als Perspektive, die näher untersucht werden sollte, sobald die Vertragspartner dies wünschen. Nach jurassischer Lesart geschah dies im Rahmen der an die mit dem Accord geschaffenen Assemblée interjurassienne (AIJ) erteilten Aufträge.

Die Berner Regierung anerkannte ihrerseits die Existenz einer «communauté d'intérêts» zwischen dem Berner Jura und dem Kanton Jura und verpflichtete sich, die separatistische Minderheit im Berner Jura mit einzubeziehen. Der Regierungsrat hielt aber auch ausdrücklich fest, dass die erwähnte Interessensgemeinschaft nicht auf den Berner Jura und den Kanton Jura beschränkt bleiben sollte, «un élargissement à d'autres régions ne doit pas être exclu». Damit war auch Biel gemeint, doch Biel blieb dauerlicherweise komplett ausgeklammert. Trotz entsprechender Begehren erhielt Biel in der Assemblée interjurassienne nicht einmal einen Beobachterstatus.

Mit dem Ziel der Einrichtung eines fruchtbaren Dialogs zwischen Berner Jura und Jura in Sachfragen im Sinne der Relativierung der Kantonsgrenzen wurde die Assemblée interjurassienne geschaffen, ein paritätisch aus zwölf Bernjurassien und zwölf Jurassien zusammengesetztes Expertengremium.

Während die jurassische Regierung ihre Delegation ohne Auflagen zusammensetzen kann, sieht der Accord vor, dass sich die bernische Delegation aus den bernjurassischen Grossräten zusammensetzt, womit automatisch drei Sitze von

zwölf den bernjurassischen Separatisten zukamen. Vakanzen, entstehend durch Rücktritte oder Verzicht von Grossräten, in der AIJ Einsitz zu nehmen, muss der Regierungsrat gemäss Accord zwingend durch Leute derselben «appartenance politique» ausfüllen. Beschlüsse der AIJ sind nur dann gültig, wenn sowohl die bernische wie auch die jurassische Delegation mehrheitlich zustimmen (Prinzip der doppelten Mehrheit).

Der Accord erwähnt auch Moutier. Während der Berner Regierungsrat die Zukunft von Moutier im Berner Jura als Sitz der Assemblée interjurassienne sieht, schliesst der Kanton Jura die Hypothese eines Anschlusses von Moutier an den Kanton Jura ausdrücklich nicht aus, «si l'évolution du processus en cours n'est pas jugée satisfaisante ou s'il n'aboutit pas assez rapidement à des résultats concrets».

Das Mandat der AIJ ist im Wortlaut wie folgt formuliert:

«Elle a pour mandat de:

- a) Promouvoir, dans divers cercles et milieux du canton du Jura et du Jura bernois, le dialogue entre les Jursiens des deux côtés de la frontière sur l'avenir de la communauté jurassienne.
- b) Proposer une collaboration renforcée entre le canton du Jura et le Jura bernois dans des dossiers déterminés et des projets concrets.
- c) Proposer les instruments de la collaboration : conventions ou institutions communes.»

Der AIJ kommt das Verdienst zu, den Dialog zwischen dem Berner Jura und dem Kanton Jura gefördert zu haben. Beide Seiten können heute wieder einigermaßen normal in den vielen Sachthemen miteinander verkehren.

Der Auftrag, das heisse Thema des Jura-konflikts anzugehen

Im Gefolge der letztlich die Bundesverfassung und den erwähnten Accord mindestens im Geist verletzenden Volksinitiative «Un seul Jura» im Jura und auf Grundlage von Arbeiten der AIJ erteilten die Berner Regierung und die jurassische Regierung der AIJ am 7.9.2005 folgendes zusätzliches Mandat:

« – ... d'effectuer l'étude de ce que serait, en termes institutionnels, une nouvelle entité politique de type cantonal à six districts, composée des districts de Courtelary, de Delémont, des Franches-Montagnes, de Moutier, de La Neuveville et de Porrentruy.

– ... d'étudier les effets du partenariat direct découlant des institutions communes interjurassiennes et les effets du statut particulier du Jura bernois créé par la loi bernoise y relative du 13 septembre 2004 (LStP).

– ... d'étudier d'autres pistes qu'elle aurait identifiées et dont elle estimerait l'examen utile.»

Und weiter:

«... les résultats des études seront remis aux deux gouvernements, accompagnés d'un bilan de ces études avec comparaison des avantages et inconvénients de la situation régnant à ce moment (statut particulier) et de la situation projetée (entité à six districts ou autres pistes) ... »

Die beiden Regierungen verpflichteten sich weiter: «... les deux gouvernements se concertent sur la suite à donner aux résultats des études et au bilan de l'AIJ.»

Von den «autres pistes» wurde nur der sog. Status Quo+ weiter verfolgt. Die AIJ veröffentlichte in der Folge mehr oder weniger ausführliche Berichte über die drei Optionen neuer Kanton, Status Quo und Status Quo+.

Ein neuer Kanton nicht als (jurapolitischer) Selbstzweck, sondern als grosses Projekt für ein besseres und effizienteres Gemeinwesen

In ihrem Bericht beurteilt die AIJ die Optionen neuer Kanton und Status Quo+ in sachlicher und politischer Hinsicht und vergleicht diese mit dem aktuellen Zustand. Die sachliche Beurteilung basierte dabei auf Berichten beigezogener Experten über die finanziellen Folgen und die Nachhaltigkeit.

Gestützt darauf kommt die AIJ zum Schluss, dass das Projekt eines neuen Kantons finanziell am interessantesten wäre, wenn die von der AIJ skizzierte Reorganisation stattfindet, wobei die errechneten Ergebnisse in verschiedener Hinsicht zu hinterfragen sind. So basieren die Berechnungen auf Annahmen, die zutreffen mögen oder nicht, so zum Beispiel das Eintreffen der erwarteten Synergieeffekte, die sich durch radikale Verschlangung der Verwaltung mit nur noch sechs Gemeinden ergeben sollen. Wenn die AIJ einen solchen theoretischen Idealstaat mit dem real existierenden Status Quo vergleicht, werden insoweit schon Äpfel mit Birnen verglichen. Würden im Kanton Bern ähnliche Massnahmen ergriffen, ergäben sich rechnerisch analoge Synergieeffekte allein für den Berner Jura. Weiter sind in finanzieller Hinsicht die eidgenössischen Subventionen ein entscheidender Faktor, doch deren Berechnung bleibt heute spekulativ. Weil auch das Fusionsprodukt Berner Jura – Jura ein armer Kanton bliebe, geht man von reichlich sprudelnden Bundessubventionen aus, während der Kanton Bern und damit der Berner Jura heute nicht als armer Kanton gelten und damit relativ weniger Subventionen beziehen. Schliesslich hält der Bericht der AIJ auch fest, dass es in erster Linie der heutige Kanton Jura ist, der von einer Fusion mit dem Berner Jura finanziell profitieren würde, nicht der Berner Jura.

Der Status Quo+ würde für den Berner Jura ebenfalls zu einer finanziellen Verbesserung führen, und ausserdem würde der Berner Jura weiterhin von den Vorteilen der Zugehörigkeit zu einem grossen Kanton profitieren. Hinsichtlich Nachhaltigkeit gelangt die AIJ zum Schluss, dass das Projekt eines neuen Kantons nachhaltiger wäre, dass aber auch der Status Quo+ positiv abschneidet, wenn auch in geringerem Umfang. Hingegen bemängelt die AIJ am Status Quo+ dessen vorgegebenen Grenzen. In institutioneller Hinsicht könnte unter dem Status Quo+ zwar einiges verbessert werden und könnten auch die Kompetenzen des Conseil du Jura bernois ausgebaut werden, doch letztlich bliebe die Region eine Region mit begrenzter Autonomie, die Entwicklung interjurassischer Strategien sei erschwert und Gemeindefusionen könnten nicht von oben durchgesetzt werden, da die bernische Verfassung die Existenz der Gemeinden garantiert. Schliesslich, so die AIJ, wäre zu befürchten, dass enttäuschte Gemeinden wie Moutier einzeln den Anschluss an den Kanton Jura suchen würden, und dass so der Berner Jura zerfallen könnte.

Was das Projekt eines neuen Kantons betrifft, sieht die AIJ mehr Vorteile als Nachteile. Die AIJ unterstreicht zunächst, dass die Schaffung eines neuen Kantons nicht Selbstzweck sein könne, sondern dass es primär um die Chance geht, ein gewissermassen ideales, effizientes Gemeinwesen neu zu schaffen, um so der Region insgesamt zu mehr Attraktivität zu verhelfen. Das würde Änderungen bedeuten, bei denen fraglich ist, ob sie durchgesetzt werden könnten, so die massive Verkleinerung der Verwaltung und damit einhergehend die Zwangsfusion von Gemeinden mit entsprechendem Stellenabbau, aber auch die Abschaffung der Burgergemeinden, die Schaffung eines einzigen

Wahlbezirks (mit der Gefahr der systematischen Majorisierung des Berner Jura durch den Nordjura), aber auch die Verlegung des Hauptorts nach Moutier. Gerade die letztere Massnahme lässt sich freilich nicht durch Effizienzüberlegungen begründen, sondern doch eher durch politische ... Die AIJ übersieht die Nachteile nicht. Die neue kantonale Einheit hätte kein echtes Zentrum, sondern wäre heterogen auf Basel, La Chaux-de-Fonds und Biel ausgerichtet. Der heutige Berner Jura wäre ausserdem von Biel abgetrennt, und Bern wäre nicht mehr das Bindeglied zwischen Deutsch und Welsch. Gerade die beiden letzten Punkte werden leider kaum vertieft, insbesondere nicht das Risiko einer verstärkten Minorisierung der Romandie und damit auch des Juras, wenn Bern ein rein deutschsprachiger Kanton würde.

Wenig Kredit für den Status Quo – Opposition der Minderheit in der AIJ

Eher schlecht schneidet der Status Quo, also ohne das Plus, ab. Die AIJ erwähnt die komplexen institutionellen Verhältnisse im Berner Jura und bezieht sich in ihrer eher knappen Beurteilung im Bericht selber aber auch im Zwischenbericht Nr. 4 vom 20. Juni 2008 vor allem auf die direkte Partnerschaft und die sogenannten «institutions communes». Die in der (kurzen) Zeit seit der Begründung des statut particulier erzielten Resultate werden von der AIJ als ungenügend bemängelt, was die AIJ indes vor allem auf mangelnden Willen der Partner zurückführt. An diesem Punkt setzt die Kritik des Minderheitsberichts ein, den die gegen den Bericht der AIJ stimmenden Mitglieder Annelise Vaucher (BDP), Sylvain Astier (FDP), Marc Früh (EDU), Claude Röthlisberger (SVP) und René Schaffter (SVP, Kanton Jura) verfassten und veröffentlichten. Die Unterzeichner bemängeln, dass die Auswirkungen des

statut particulier mandatswidrig kaum beurteilt worden seien, zumal die Mehrheit der Bevölkerung des Berner Jura mit dem heutigen Zustand zufrieden sei. Effektiv sei der Status Quo die zu bevorzugende Lösung für den Berner Jura. Im Minderheitsbericht wird ferner stark bedauert, dass der Schlussbericht am Ende nur zwei Pisten erwähne und dass er stark die Piste eines neuen Kantons bevorzuge. Was das von der AIJ propagierte Endziel einer Volksabstimmung betreffe, hält die Minderheit fest, dass der Berner Jura diese nicht wolle bzw. dass diese Forderung von einer Minderheit erhoben werde, die nicht gewillt sei, das Resultat eben einer solchen Abstimmung zu akzeptieren.

Keine Lösung drängt sich auf, letztlich eine politische Frage

In ihrer Synthese hält die AIJ fest: «Bien que les évaluations factuelles montrent les avantages d'une nouvelle entité à six communes, aucune des deux solutions ne s'impose politiquement comme allant de soi» und weiter: «Sans un dossier aussi délicat que celui de la Question Jurassienne, il doit être répondu à cette question plus qu'avec un simple inventaire des avantages et inconvénients.» Anknüpfend an die prioritäre Zielsetzung des Accord vom 25. März 1994, den Jurakonflikt politisch beizulegen, gelangt die AIJ zur Schlussfolgerung: «... s'il ressort de l'analyse ... que la constitution d'un nouveau canton pourrait régler le conflit jurassien, il est impossible d'affirmer que la piste Statu Quo+ ne le réglerait pas. ... La véritable solution au conflit jurassien réside justement dans le processus de dialogue interjurassien au terme duquel les populations doivent avoir la possibilité de s'exprimer dans le strict respect des principes démocratiques, c'est à dire dans le cadre d'un scrutin populaire organisé

par le canton de Berne et la République et Canton du Jura sous l'égide de la Confédération.»

Die AIJ gelangt also im Klartext zum Schluss, dass am Ende des Dialogs ein neues Juraplebiszit durchzuführen wäre. Die AIJ hält aber auch fest, dass die beiden Regierungen «apprécieront en temps voulu l'opportunité et les modalités d'une éventuelle consultation populaire».

Die AIJ schlägt als nächsten Schritt im Rahmen der Fortsetzung des Dialogs eine sogenannte «phase d'information interactive» vor. Die AIJ möchte mit ihrem Bericht interaktive Informationssitzungen abhalten und so die Diskussion mit «différentes institutions, associations ou autres corps constitués ainsi que (le) public» im Berner Jura und im Kanton Jura aufzunehmen und über die Ergebnisse dann wieder zu berichten.

Wenig Reaktionen

Es ist noch nicht lange her, als in aufgeheiztem Klima jedes jurapolitische Ereignis die Leute zu Tausenden mobilisierte und es zu erregtem Schlagabtausch in der Öffentlichkeit zwischen den Exponenten beider Lager kam. Wie stark sich das geändert hat, zeigt der Umstand, dass die Veröffentlichung des Berichts der AIJ keine nachhaltigen Reaktionen auslöste.

Während der Bericht in den französischsprachigen Medien unmittelbar nach dessen Veröffentlichung ausführlich kommentiert wurde, schaffte es das Thema in den Deutschschweizer Medien

kaum in die Schlagzeilen. Was all die betroffenen Institutionen und Organisationen betraf, so nahm Stellung, wer Stellung nehmen musste, aber das war es dann schon. Innert Kürze verschwand das Thema von der Bildfläche, auch im Jura.

Die beiden Regierungen sind nun gehalten, Stellung zu nehmen. In konsequenter Beachtung des statut particulier konsultierte der Regierungsrat des Kantons Bern zunächst den Conseil du Jura bernois. Entsprechend der Empfehlungen der AIJ geht es vorerst um die Modalitäten der Durchführung der geplanten Informationsveranstaltungen gehen, die Frage der eventuellen Durchführung eines neuen Plebiszits steht im Moment nicht zur Debatte, doch kann man sich schwer vorstellen, dass der Regierungsrat der Region von oben herab ein Plebiszit verordnet. Dazu müsste der Anstoss schon aus der Region selber kommen, die entsprechenden demokratischen Rechte, wie zum Beispiel das Initiativrecht, sind in der Verfassung vorhanden. In seiner Stellungnahme vom 20. August 2009 an die Adresse des Grossen Rats geht der Regierungsrat denn auch darauf nicht ein, aber er unterstreicht seine Meinung, dass es im Interesse Berns, des Berner Jura und der Schweiz ist, wenn der Berner Jura im Kanton Bern verbleibt. Der Regierungsrat bestreitet nicht, dass die Zusammenarbeit im Jurabogen verbessert werden muss, doch dazu bedarf es seiner Ansicht nach keines neuen Kantons. Schliesslich legt der Regierungsrat fest, dass die von der AIJ beabsichtigten Informationsveranstaltungen im Rahmen grösster Objektivität stattfinden.

Berner Jura – Biel/Bienne im Jahre 2020

Referat von Nationalrat und Stadtpräsident Hans Stöckli

In einem an der Vereinsversammlung von BERNbilique gehaltenen aufschlussreichen Referat unterstrich Nationalrat Hans Stöckli, Stadtpräsident von Biel, mit einem Blick auf den jüngst veröffentlichten Bericht der «Assemblée interjurassienne» zur institutionellen Zukunft der interjurassischen Region die Bedeutung eines zweisprachigen Kantons Bern für den Erhalt der Zweisprachigkeit in Biel. Der Referent legte dar, dass ohne Biel keine Lösung der Jurafrage denkbar sei.

In seinem mit Engagement vorgetragenen Referat zum Thema «Berner Jura – Biel/Bienne im Jahre 2020» kam Nationalrat Stöckli eingangs auf den historischen Hintergrund und die unterschiedliche Geschichte Biels und des Juras zu sprechen. Er zeigte auf, dass Biel einen zweisprachigen Kanton Bern benötigt. Biel werde sich deshalb weiter für seine Zweisprachigkeit sowie diejenige des Kantons stark machen.

Nationalrat Stöckli schilderte anschliessend, wie sich die insbesondere von den Berntruen immer wieder kritisierte Neutralität Biels in der Jurafrage zu einer aktiven und institutionalisierten Neutralität gewandelt hat, nachdem man feststellen musste, dass die Interessen Biels zunehmend ignoriert wurden.

Anhand von eingängigen Beispielen wie der gemeinsamen Plattform im Tourismus, der Mitarbeit von Biel in der «Conférence des maires» des Berner Jura, der



Hans Stöckli
Stadtpräsident von Biel,
Nationalrat

Zusammenarbeit in der Regionalen Verkehrskonferenz aber auch anhand der Schaffung von Arbeitsplätzen in der Uhrenbranche belegte der Referent anschaulich, wie aktiv, eng und intensiv die Zusammenarbeit zwischen Biel und dem Berner Jura geworden ist. In diesem Zusammenhang hob Stöckli als Stadtpräsident von Biel auch die Bedeutung der Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois hervor,

deren Einführung in der ganzen Region fast ausnahmslos Zustimmung erfare. In institutioneller Hinsicht begrüsst Stöckli die Schaffung des «Conseil des Affaires francophones» als partnerschaftliches Gegenstück zum «Conseil du Jura bernois».

Der Referent bedauerte alsdann, dass sich Biel trotz mehrerer Initiativen nie an den Arbeiten der «Assemblée interjurassienne» (Interjurassische Versammlung) beteiligen konnte und dass Biel trotz der erwähnten engen Verflechtungen mit dem Berner Jura im Bericht der «Assemblée interjurassienne» über die institutionelle Zukunft der interjurassischen Region völlig ausgeklammert blieb. In diesem Zusammenhang und mit Blick auf die von ihm erläuterte bestehende enge faktische und institutionelle Vernetzung zwischen Biel und dem Berner Jura vertrat Stöckli denn auch die Meinung, dass es der sogenannte «Status Quo +» verdient hätte, von der «Assemblée interjurassienne» als zukunftsweisender Ansatz intensiver bearbeitet zu werden.

Nationalrat Stöckli erklärte abschliessend nachdrücklich, dass eine Lösung der Jurafrage, sofern es eine solche überhaupt noch geben sollte, ohne Biel nicht denkbar sei, und dass es letztlich um die Frage der Zweisprachigkeit

des Kantons gehe. Biel benötige einen zweisprachigen Kanton und werde sich wehren, wenn die Zweisprachigkeit Biels oder des Kantons gefährdet werden würde.



La nature pour vos loisirs !

Les Franches-Montagnes ou le Doubs, en trottinette ou en raquettes...

Offres combinées avec ou sans transport.
A vivre en direct sur : www.les-cj.ch

Chemins de fer du Jura
Gare de Saignelégier
Tél. +41(0)32 952 42 75
Fax +41(0)32 952 42 70
Groupes: Tél. +41(0)32 952 42 90


Chemins de fer du Jura


Quality
Our Passion.


GARANTEE DE VOYAGE


Watch Valley
Le Jura de la précision



Intervalles, das Kulturmagazin der französischsprachigen Berner

Dort oben, im nördlichsten Teil unseres Kantons, wo die französischsprachigen Berner leben, erscheint seit 1981 das Kulturmagazin Intervalles. Dreimal pro Jahr stellt es einen besonderen Aspekt des Berner Juras und der welschen Bieler vor. Im Laufe der Zeit entstand so ein Panorama, das die verschiedensten Themen behandelt, markante Persönlichkeiten und deren Werk vorstellt: im Jahr 2008 waren es «Die Mennoniten der Jurahöhen» und «Virgile Rossel».

Die ursprüngliche Absicht der Gründer war, die Zeitschrift vor allem der Literatur zu widmen. Aber sehr rasch hat Intervalles seinen Themenkreis erweitert. Schon das dritte Heft war der Geschichte gewidmet und das vierte der Natur, ein wesentliches Element der Identität des Berner Juras, zwischen See und Bergen. Seit langem ist der Berner Jura ein Einwanderungsland. Zu den aufgenommenen Flüchtlingen zählt auch die mennonitische Gemeinschaft, heute ein vertrautes Element der religiösen und kulturellen Landschaft der Gegend. Dabei vergisst man oft die Gründe der Flucht ihrer Vorfahren, die in Zürich und Bern bis ins achtzehnte Jahrhundert verfolgt wurden. Die Nummer 82 von Intervalles gibt Einblick in Vergangenheit und Gegenwart dieser Menschen, deren Ahnen an der Urbarmachung der einst stark bewaldeten Jurahöhen wesentlich beteiligt waren.

Der Berner Jura hat der Schweiz auch grosse Geister geschenkt, die Intervalles ehren möchte. Einer davon ist Virgile Rossel, Mitredaktor des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, Professor an der Universität Bern, Nationalrat, Präsident des Bundesgerichts, Dichter, Roman-

schriftsteller. Dem in Tramelan geborenen Universalgenie hat das Magazin anlässlich seines 150. Geburtstags eine Nummer gewidmet. Eine solche Ehrung hat Virgile Rossel auch redlich verdient, denn es gibt nicht einmal ein Auditorium an der Universität Bern, das seinen Namen trägt ...

Doch unser Kulturmagazin beschränkt sich nicht auf die frankophonen Berner, sondern zeigt auch Offenheit gegenüber der Romandie. Hier haben sogar Charles-Ferdinand Ramuz und Robert Walser, beide 1878 geboren, ein Zwiegespräch geführt! Im Jahre 2006, in der ergänzten Nummer 19 (1987), zum 50. Todestag des Bieler Dichters, hat Intervalles mit Spezialisten der Universitäten Lausanne und Genf ein virtuelles Treffen zwischen beiden Schriftstellern veranstaltet.

Die Lektüre von Intervalles hilft, die welschen Berner zu verstehen!

Jean-Christophe Méroz, Vizepräsident

Gratisnummer erhältlich unter:

Sekretariat
Sur le Souhait 31
2515 Prèles
Telefon 032 315 19 01
Fax 032 315 14 68
revue@intervalles.ch
www.intervalles.ch

Intervalles, la revue culturelle des Bernois romands

Là-haut, au nord du canton, où vivent les Bernois francophones, paraît depuis 1981 la revue culturelle Intervalles. Trois fois par année, elle traite un sujet reflétant un aspect de la personnalité du Jura bernois et de la Bienne romande. Elle dresse ainsi un panorama au fil des ans en abordant les thèmes les plus divers ou en présentant de grands personnages et leurs œuvres: « Les mennonites des hauteurs jurassiennes », « Virgile Rossel » ont été à l'honneur en 2008.

Dans l'esprit de ses créateurs, la revue devait être essentiellement dédiée à la littérature. Mais très vite, les sujets les plus divers ont été traités. Le numéro trois parlait déjà d'Histoire et le quatrième de la nature. Car la nature est bien un élément identitaire du Jura bernois, entre lac et montagnes.

Cela étant, le Jura bernois est depuis longtemps une terre d'immigration. Parmi les réfugiés accueillis en ses terres, figure la communauté mennonite devenue aujourd'hui un élément familier du paysage religieux et culturel de la région. Au point qu'on en oublie pourquoi leurs ancêtres ont été persécutés jusqu'au 18^e siècle à Zurich ou à Berne, quels sont les éléments de leur foi qui les ont contraints à fuir. Intervalles, dans son numéro 82, donne des clés pour comprendre le passé et le présent de ces personnes qui furent des défricheurs habiles des hauteurs jurassiennes.

Le Jura bernois a aussi donné à la Suisse de grands esprits qu'Intervalles se fait un devoir d'honorer. Ainsi Vigile Rossel: co-rédacteur du Code civil suisse, professeur à l'Université de Berne, conseiller national, président du Tribunal fédéral, poète,

romancier, critique littéraire; bref, un esprit universel né à Tramelan, à qui la revue a rendu hommage lors de la commémoration des 150 ans de sa naissance. Il le méritait bien, lui qui n'a même pas un auditoire à son nom à l'Université de Berne...

Mais la revue ne se confine pas aux francophones bernois. Elle a une approche ouverte à sa région, à la Romandie. Elle est d'ailleurs le seul endroit où Charles-Ferdinand Ramuz et Robert Walser, nés tous deux en 1878, ont dialogué. Avec des spécialistes en littérature romande ou alémanique des Universités de Lausanne et Genève, Intervalles a réalisé une rencontre virtuelle lors de la réédition augmentée de son numéro 19 (1987), sortie en 2006 pour le 50^e anniversaire de la mort du poète biennois.

Lire Intervalles aide à comprendre les Welsches bernois!

Jean-Christophe Méroz, vice-président

Numéro gratuite disponible sur:

Secrétariat
Sur le Souhait 31
2515 Prêles
Téléphone 032 315 19 01
Fax 032 315 14 68
revue@intervalles.ch
www.intervalles.ch

Les collaborations intercantionales : un modèle en perpétuelle évolution

Longtemps, les relations entre les cantons se sont organisées autour d'accords intercantonaux, connus sous le nom de concordats. Cette approche, qui était déjà contestée au 19^{ème} siècle, a pourtant apporté beaucoup à notre pays. En évitant un recours constant à l'Etat fédéral, les cantons ont appris à se débrouiller entre eux, même si les instruments juridiques censés asseoir ce type de collaboration pouvaient apparaître un peu trop rigides et, surtout, trop peu démocratiques. De plus, les concordats, par la dimension législative qui est la leur, sont condamnés à résoudre des questions en général abstraites, dont les effets sur la vie sociale sont souvent indirects. Aujourd'hui, il est donc clair que l'idée des concordats intercantonaux doit être repensée, que l'on ne peut plus se contenter de démarches d'un genre purement conventionnel.

Ce serait toutefois une erreur de dénicher la réponse aux insuffisances inhérentes à ces fameux concordats dans un renvoi à la toute-puissance de la Confédération. Les nouvelles façons de renforcer les coopérations entre les cantons doivent venir d'eux-mêmes. C'est en puisant dans leurs capacités d'imagination que les cantons pourront réellement améliorer l'efficacité de nos institutions, les rénover au besoin, sans sacrifier leur esprit qui, je crois, n'a rien perdu de sa valeur au fil du temps. Le renouveau de la collaboration intercantonale passera donc par des projets concrets, plus visibles pour les gens, et auxquels ils pourront s'identifier davantage.



*Pascal Broulis
Président du Conseil
d'Etat vaudois*

En tant que président du Conseil d'Etat vaudois, j'ai lancé plusieurs initiatives destinées à donner corps à cette vision des choses. Ainsi l'accord qui a été paraphé voici quelques mois par les cantons de Vaud et Genève, et dont la presse s'est largement fait l'écho. Celui-ci est le fruit d'un processus à la fois long et bref : long si on sait que les premières discussions exploratoires ont eu lieu voici un an déjà,

mais étonnamment court si on compare cet exemple avec la tradition en vigueur dans notre pays... Et cette rapidité montre bien que l'ambition qui surplombe ce projet valdo-genevois touche les gens dans leur quotidien, dans la réalité de leur vie sociale ou professionnelle.

Pour une fois, la charrue a été posée sur le champ tandis que les bœufs étaient déjà présents. Jusqu'à maintenant, nous avons pris l'habitude de raisonner en termes institutionnels, persuadés que d'une vision territoriale renouvelée pourrait jaillir une pratique inédite, qui saurait dépasser le cadre prétendument étriqué des cantons. Vaud et Genève ont choisi une méthode autre, axée, justement, sur des projets concrets et non sur cette sempiternelle question de frontières que l'on dit, à tort, inappropriées aux contraintes modernes.

J'ai toujours affirmé mon goût pour le fédéralisme à la mode helvétique, ferment de notre prospérité et de notre cohésion nationale. Mais mon fédéralisme n'a jamais rimé avec immobilisme

ou passéisme. Le type de collaboration intercantonale auquel j'aspire, comme je le laissais entendre plus haut, va au-delà des questions institutionnelles. Les cantons, il serait parfaitement inutile de les modifier dans leurs structures politiques. Car se concentrer sur les institutions peut s'avérer inefficace si l'on ne se préoccupe pas de ce que l'on veut en faire! Ce «conservatisme» institutionnel se justifie en revanche fort bien si l'on apprend à aborder différemment la relation à l'autre, et déjà à ses voisins les plus proches.

L'accord survenu entre Vaud et Genève, qui nous invite en particulier à refondre de façon fondamentalement nouvelle notre vision des transports à large échelle, le montre, mais ce n'est pas le seul exemple. Cet accord s'inscrit en réalité dans une réflexion encore plus ample, que le canton de Vaud s'évertue à initier à chaque occasion. A travers ce qui existe, dans un premier temps. Comme les concordats, les conférences inter-cantoniales sont souvent décriées. Elles constituent pourtant de formidables forums où il est possible de faire entendre la voix d'un canton, ou d'une région: le canton de Vaud, par sa position géographique, sa population et son tissu économique, continuera à s'engager dans ces cercles, pour mieux assumer sa position de pivot de la Suisse occidentale.

Mais cette volonté de transcender les frontières cantonales pour développer des solutions immédiates ne se limite pas au pôle lémanique. L'actualité a placé les relations entre Vaud et Genève sous les feux de la rampe, mais il ne faut pas oublier les autres projets intercantonaux sur lesquels le canton de Vaud s'est fortement investi. Le centre économique qu'il constitue avec Genève doit s'ancrer dans un ensemble plus large qui, lui aussi, doit dépasser les

structures institutionnelles. Vaud et Fribourg ont ainsi fait œuvre de pionniers en dotant la Broye d'un gymnase et d'un hôpital intercantonal; dans le Chablais, Valaisans et Vaudois vont construire ensemble un établissement hospitalier unique. A l'échelle lémanique encore, je me plais à souligner que le Conseil du Léman, qui regroupe les départements français de l'Ain et de la Haute-Savoie ainsi que Vaud, Valais et Genève, connaît une nouvelle dynamique avec, notamment, des projets communs liés à la mobilité autour du lac.

Et l'arc jurassien n'est pas en reste. A l'ancienne Conférence TransJuras-sienne-Suisse (CTJ) a succédé, en octobre 2008, une nouvelle plate-forme: arcjurassien.ch, que j'ai l'honneur de présider jusqu'en 2011. Sans que l'important travail qui a été accompli avec nos partenaires français n'en sorte pénalisé, il était urgent de réorganiser la collaboration à l'intérieur des frontières helvétiques. Je crois dans l'efficacité de cette nouvelle structure, dans sa faculté à ouvrir un espace pour un dialogue original, en faveur d'une région aux intérêts communs multiples, mais dont la configuration géographique possède un fort potentiel centrifuge: n'est-il pas naturel que les regards des Genevois et des Jurassiens ne se portent pas forcément sur les mêmes horizons?

Comme pour le projet Vaud-Genève, comme pour le Conseil du Léman, la mobilité sera au centre des réflexions d'arcjurassien.ch. Il n'y a rien d'étonnant à cela. Quel phénomène touche-t-il le plus la réalité quotidienne des gens? Et quel phénomène implique-t-il davantage une étroite coordination entre tous les acteurs concernés? Une vision stratégique sur les grandes options en terme de mobilité transfrontalière sera ainsi élaborée, qui nous permettra de mieux planifier le futur, avec nos propres

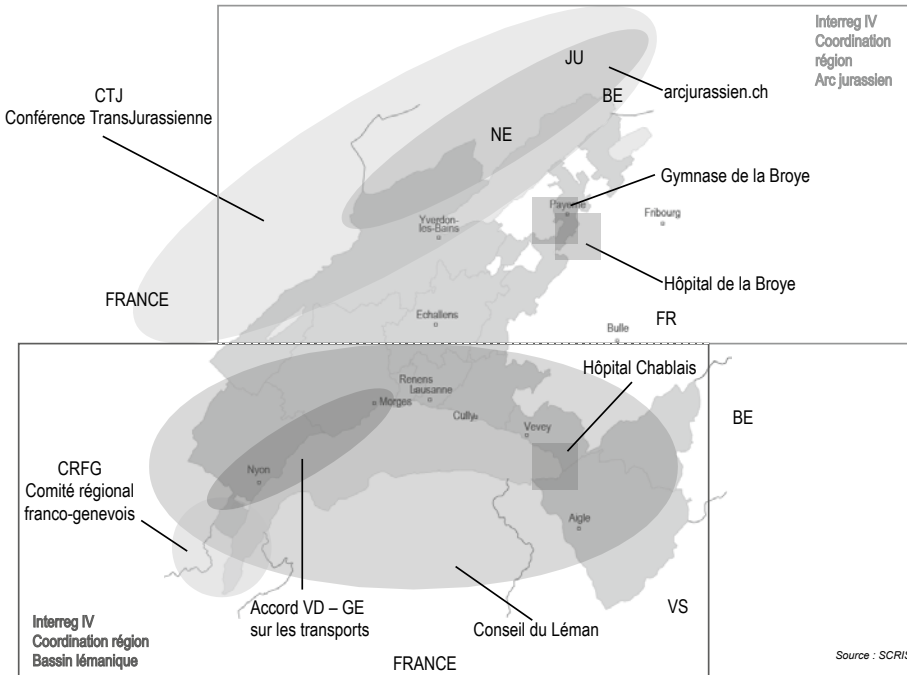
forces, selon nos besoins. Mais le travail d'arcjurassien.ch ne se bornera pas à ces questions. Il s'intéressera aussi aux problèmes des villes, aux questions énergétiques, à la gestion des déchets, et continuera de s'occuper du programme Interreg IV. Le travail ne manque pas !

Voilà la voie de l'avenir. Les cantons ont leur raison d'être lorsqu'ils peuvent eux-mêmes édifier leur destin, sans perdre leur énergie dans les dédales procéduriers qu'induit trop souvent le centralisme. L'accord Vaud-Genève, arcjurassien.ch, le Conseil du Léman ne sont que les aspects les plus visibles d'un fédéralisme « constructif » qui pourra seul assurer le dynamisme de la Suisse. Les

cantons, enveloppés dans des histoires elles-mêmes scellées dans des cultures particulières, ne sont pas des « boulets » qu'une Suisse prétendument moderne serait condamnée à tirer, péniblement. Le fédéralisme, en réunissant un grand nombre d'« alvéoles » politiques nantis d'une grande autonomie, pousse au contraire à notre pays de s'adapter aux réalités du temps, en fonction des contraintes qui sont les siennes. Les frontières cantonales ne constituent pas des obstacles, mais des points d'appui pour imaginer une Suisse qui évolue !

Pascal Broulis
Président du Conseil d'Etat vaudois

Les principales collaborations intercantionales et transfrontalières du canton de Vaud



Source : SCRIS

Bezirksreform und Justizreform

Eine Analyse der Auswirkungen auf die französischsprachige Minderheit und die Zweisprachigkeit

1. Inhalt der Reformen

Der Kanton Bern hat sich in der jüngeren Vergangenheit als sehr reformfreudig gezeigt und eine ganze Reihe von grossen Reformvorhaben beschlossen und in die Tat umgesetzt. Zu diesen grossen Reformen zählen sicher auch die unter dem Kurztitel «Bezirksreform» bekannt gewordene Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung und die Justizreform.



Regierungsrat
Christoph Neuhaus
Justiz-, Gemeinde-
und Kirchendirektor

Bevor deren Auswirkungen auf die französischsprachige Minderheit und auf die Zweisprachigkeit näher untersucht werden können, sollen hier die hauptsächlichen Ziele und Inhalte der beiden Reformen zusammenfassend erläutert werden:

a) Bezirksreform (Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung)

Zahlreiche Dienstleistungen der Kantonsverwaltung wie zum Beispiel das Grundbuchwesen oder die Erziehungsberatung werden dezentral angeboten. Bisher war die Struktur der dezentralen Kantonsverwaltung je nach Aufgabengebiet unterschiedlich. Mit der Reform erfolgt nun eine stärkere Vereinheitlichung. Die Reform sieht die Schaffung von **fünf Verwaltungsregionen und zehn Verwaltungskreisen** vor. Die meisten Dienstleistungen sollen neu in folgenden fünf Verwaltungsregionen angeboten werden:

- Berner Jura
- Seeland
- Bern-Mittelland

- Emmental-Oberaargau
- Oberland

Die Dienstleistungen der heutigen 26 Regierungstatthalterämter – eines pro Amtsbezirk – werden neu in zehn sogenannten Verwaltungskreisen angeboten:

- Berner Jura
- Biel/Bienne
- Seeland
- Bern-Mittelland
- Emmental
- Oberaargau
- Thun
- Obersimmental-Saanen
- Frutigen-Niedersimmental
- Interlaken-Oberhasli

Die Verwaltungskreise sind entweder Teilmengen der Verwaltungsregionen oder mit ihnen identisch. Die folgende Karte zeigt die bisherigen Amtsbezirke sowie die neuen Verwaltungsregionen und Verwaltungskreise.



Die folgenden Tabellen zeigen die Hauptmerkmale der Verwaltungsregionen und der Verwaltungskreise.

Verwaltungs-region	Anzahl Gemeinden	Anzahl Einwohner
Jura bernois	49	51'400
Seeland	66	157'400
Bern-Mittelland	100	381'900
Emmental-Oberaargau	93	168'500
Oberland	84	203'800
Total	392	963'000

Verwaltungs-kreis	Anzahl Gemeinden	Anzahl Einwohner
Jura bernois	49	51'400
Biel/Bienne	20	90'700
Seeland	46	66'700
Bern-Mittelland	100	381'900
Emmental	42	92'500
Oberaargau	51	76'000
Thun	35	102'300
Obersimmental-Saanen	7	16'700
Frutigen-Niedersimmental	13	38'800
Interlaken-Oberhasli	29	46'000
	392	963'000

Die fünf Verwaltungsregionen sind für folgende Dienstleistungen der Kantonsverwaltung massgebend:

- Grundbuchwesen
- Betriebs- und Konkurswesen
- Zivilstandswesen
- Militärverwaltung
- Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung
- Erziehungsberatung
- Schulinspektion
- Steuerverwaltung / Staatskasse

Die Verwaltungskreise bilden die neuen Gebietseinheiten ausschliesslich für die Regierungsstatthalterämter. Diese behalten ihre bisherigen Aufgabenbereiche grundsätzlich bei. Kernaufgaben sind:

- Aufsicht und erstinstanzliche Verwaltungsjustiz gegenüber den Gemeinden
- Koordination bei Katastrophen
- Aufsicht in Vormundschaftsbereich, Fürsorgerische Freiheitsentzug (wobei hier das neue Bundesrecht Änderungen bringen wird)
- Baubewilligungen und Baupolizei
- Ombudsfunktion

Die Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung ist von den Stimmberechtigten am 24. September 2006 angenommen worden. Sie tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

b) Justizreform

Auf Anfang 1997 wurden die Gerichte im Kanton Bern bereits neu organisiert. Anstelle der 26 Bezirksgerichte traten 13 Gerichtskreise. Die gesamtschweizerische Vereinheitlichung des Straf- und Zivilprozessrechts macht eine neue grosse Justizreform erforderlich.

Die heutigen 13 Gerichtskreise werden durch **vier Gerichtsregionen** mit einer Zweigstelle im Berner Jura abgelöst.

Die Gebietsabgrenzung der Gerichtsregionen wird auf die fünf neuen Verwaltungsregionen der dezentralen kantonalen Verwaltung abgestimmt. Anders als bei der Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung bildet aber bei der Justizreform der Berner Jura zusammen mit Biel und Seeland einen gemeinsamen Gerichtskreis. Eine eigenständige Gerichtsregion Berner Jura wäre aufgrund der Fallzahlen zu klein gewesen. Es wird aber im Berner Jura eine Zweigstelle der Gerichtsregion geschaffen. Darauf wird noch vertiefter einzugehen sein.

Ab 1. Januar 2011 wird es also folgende vier Gerichtsregionen geben:

- Gerichtsregion Bern-Mittelland
- Gerichtsregion Berner Jura-Seeland
- Gerichtsregion Emmental-Oberaargau
- Gerichtsregion Berner Oberland

Die Justizreform bringt eine ganze Reihe weiterer inhaltlicher Neuerungen für die Justiz. Besonders hervorzuheben sind die folgenden Elemente:

- Neu strukturiert wird die Staatsanwaltschaft. Sie übernimmt die bisherigen Aufgaben der Untersuchungsrichterämter, nämlich die Durchführung der Voruntersuchung. Die Untersuchungsrichterämter werden Teil der neuen Staatsanwaltschaft.

- Die Kompetenzordnung für Wahlen in der Justiz wird verändert. Neu werden auch die erstinstanzlichen Richterinnen und Richter, inkl. Laienrichterinnen und Laienrichter sowie Fachrichterinnen und Fachrichter vom Grossen Rat gewählt. Die Wahlkompetenz der Stimmberechtigten, die bei 13 erstinstanzlichen Gerichten noch Sinn machte, ist bei vier grossen Gerichtsregionen nicht mehr gerechtfertigt.

- Die Justizreform führt zu einer markanten Stärkung der institutionellen Unabhängigkeit der Justiz. Zentral sind die Selbstverwaltung, also zum Beispiel die selbstständige Zuteilung der Ressourcen innerhalb der Gerichtsbarkeit und auch das eigenständige Budgetantragsrecht der Justiz.

- Ausdruck der Stärkung der Unabhängigkeit ist die neu vorgesehene Justizleitung. Sie besteht aus den Präsidentinnen oder Präsidenten des Obergerichts und Verwaltungsgerichts sowie der Generalstaatsanwältin oder dem Generalstaatsanwalt. Die Justizleitung nimmt die Interessen der gesamten Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft wahr.

- Mit der Justizreform werden die Grundsätze der Führungsorientierung, der Leistungsorientierung und der Kostenorientierung auch für die Justiz massgebend, und es werden auch entsprechende Führungsstrukturen eingeführt. Bei den obersten Gerichten und bei den erstinstanzlichen Gerichten werden Geschäftsleitungen gebildet.

- Auf die Veränderung bei der Jugendstrafrechtspflege wird in einem besonderen Kapitel eingegangen (vgl. 3d).

Die gesetzgeberische Umsetzung der Justizreform ist vom Grossen Rat am 11.6.2009 verabschiedet worden und wird am 1.1.2011 in Kraft treten.

2. Grundsatz: Sprachneutrale Reformen

Sowohl die Bezirksreform als auch die Justizreform sind Reformen, welche den Kanton insgesamt betreffen, also nicht auf eine bestimmte Region oder ein einzelnes Aufgabengebiet beschränkt sind. In ihrer Gesamtheit sind sie deshalb gewissermassen «sprachneutral».

Beide Reformen weisen aber Elemente auf, die eine nähere Betrachtung unter dem Aspekt der sprachlichen Minderheit und der Zweisprachigkeit verdienen. Darauf soll im Folgenden näher eingegangen werden.

3. Particularités linguistiques

a) Région administrative du Jura bernois
L'organisation du projet de réforme de l'administration cantonale décentralisée avait privilégié un modèle comprenant quatre et non cinq régions administratives. Dans ce cas de figure, les régions administratives du Jura bernois et du Seeland auraient été réunies, comme cela a finalement été le cas pour les régions judiciaires dans le cadre de la réorganisation de l'administration de la justice et des tribunaux. Une grande région administrative bilingue aurait ainsi vu le jour, au sein de laquelle le Jura bernois aurait représenté une minorité. Cette région a d'ailleurs opposé une nette résistance à cette proposition. Par la suite, le Conseil-exécutif a décidé de poursuivre le projet de réforme sur la base de cinq régions administratives, offrant au Jura bernois le statut de région à part entière. Les données

chiffrées relatives à chaque région administrative (cf. ch. 1 supra) montrent que du strict point de vue des proportions, l'option des quatre régions aurait donné naissance à des unités plus équilibrées. Les arguments de la partie exclusivement francophone ont donc été déterminants.

b) Modification de la réglementation des langues officielles

La réforme des districts a également donné lieu à une modification de la réglementation des langues officielles dans la Constitution cantonale.

La région administrative (et, par conséquent, l'arrondissement administratif) du Jura bernois est incontestablement francophone, tout comme les régions administratives de Berne-Mittelland, de l'Emmental-Haute-Argovie et de l'Oberland et leurs arrondissements administratifs sont clairement germanophones. Seule la région administrative du Seeland est bilingue. Cela signifie que toutes les prestations concernant la région administrative (cf. ch. 1 supra) doivent y être offertes dans les deux langues officielles. La préfecture de l'arrondissement administratif de Biel/Bienne, dont la taille est plus importante que l'actuel district de Biel/Bienne, est également bilingue. L'arrondissement administratif du Seeland, quant à lui, est uniquement germanophone.

Concrètement, cela signifie que les citoyens francophones de l'ensemble de la région administrative du Seeland pourront à l'avenir s'adresser en français à l'un au moins des services administratifs au sein de la région. De même, tous les citoyens francophones de l'arrondissement administratif de Biel/Bienne auront la possibilité de soumettre leurs requêtes, en français, à la préfecture de l'arrondissement administratif (à Nidau).

Au niveau communal, cette nouvelle réglementation ne change rien. Seule la ville de Biel/Bienne et la commune de Leubringen/Evilard sont bilingues, les autres communes de l'agglomération biennoise et du Seeland étant germanophones. Les autorités communales germanophones ne sont pas tenues de fournir des prestations en français, même si les citoyens de leur commune peuvent s'adresser dans cette langue aux services de l'administration cantonale décentralisée.

c) Administration de la justice et des tribunaux: agence de Moutier

En principe, le siège des autorités judiciaires de la région judiciaire du Jura bernois–Seeland sera établi à Bienne, ce qui garantit le bilinguisme. Le Conseil-exécutif et le Grand Conseil ont cependant répondu positivement à la demande du Jura bernois qui souhaitait la création d'une agence dans le Jura bernois. Celle-ci sera située à Moutier.

d) Choix du modèle de procédure pénale applicable aux mineurs

En matière de procédure pénale applicable aux mineurs, le droit fédéral admet deux modèles différents. D'une part ce que l'on nomme le modèle du juge des mineurs, appliqué à l'heure actuelle dans le canton de Berne, selon lequel le juge des mineurs est compétent pour assurer à la fois l'instruction, le jugement et l'exécution. D'autre part, le modèle dit du procureur des mineurs qui prévoit l'intervention au stade du jugement d'un juge des mineurs indépendant.

Le choix du modèle a été le point le plus contesté de l'ensemble de la réorganisation de l'administration de la justice et des tribunaux. Pour des raisons relevant de l'Etat de droit, une majorité des milieux concernés s'est prononcée

en faveur du passage au modèle du procureur des mineurs au stade de la procédure de consultation déjà. Les représentants du Jura bernois, notamment, demandaient quant à eux avec véhémence le maintien du modèle du juge des mineurs qui est appliqué dans l'ensemble de la Suisse romande et qui, à ce titre, devait selon eux être conservé. Au Grand Conseil, la Députation a exigé un décompte séparé des voix et s'est exprimée par une grande majorité en faveur du modèle du juge des mineurs, alors que le plénum s'est nettement prononcé en faveur du modèle du procureur des mineurs.

En vue de la seconde lecture, un examen approfondi a été mené dans l'idée de proposer d'autres solutions, telles que celle d'un modèle mixte qui aurait permis au Jura bernois de conserver le modèle du juge des mineurs et au reste du canton de passer à celui du procureur des mineurs. Cette solution a cependant dû être rejetée car elle aurait entraîné la création de structures excessivement compliquées. Lors de la seconde lecture, le Grand Conseil a finalement clairement opté pour le passage au modèle du procureur des mineurs, tout en insistant sur le fait qu'il ne fallait pas considérer que cette décision avait été prise contre la partie francophone du canton.

e) Décret sur les langues judiciaires

La Constitution cantonale fixe certes les grands principes de l'emploi des langues dans le canton de Berne, mais le domaine de la justice, notamment, requiert en outre de nombreuses réglementations détaillées, qui font donc l'objet d'un décret distinct. Un projet est actuellement en phase de consultation et doit être présenté au Grand Conseil en 2010. Le décret règlemente en particulier la langue de l'instruction par les autorités judiciaires ou le recours à des

interprètes. Il vise globalement à garantir que l'emploi de la langue de la minorité devant le tribunal soit réellement possible.

Schlussbemerkung

Die beiden grossen Reformprojekte treten gestaffelt in Kraft, die Bezirks-

reform am 1.1.2010 und die Justizreform am 1.1.2011. Sie bringen grosse Veränderungen mit sich. Aus Sicht der französischsprachigen Minderheit und der Zweisprachigkeit sind die Reformen insgesamt neutral, doch haben verschiedene Reformelemente eine spezifische Bedeutung für die französische Sprache und die Zweisprachigkeit.



Doch Ihr BLS Reisezentrum bringt Sie nicht nur nach Paris: Bei uns finden Sie Reisen in alle Welt. Egal ob Städtereisen, Badeferien oder sonstige Reisen. Und wem es nicht gar so weit sein soll: Auch ein Halbtaxi, GA oder Eventticket erhalten Sie bei uns. So oder so: Ihre Reise beginnt in einem unserer 30 Reisezentren.

www.bls.ch/reisezentren

bls.Reisezentren

bls

Die «Haute École Pédagogique – BEJUNE»

als Modell einer grenzüberschreitenden Kooperation

Die «Haute École Pédagogique – BEJUNE» (HEP-BEJUNE) stellt ein bedeutendes interkantonales Kooperationsvorhaben im Jurabogen dar, weshalb sie unserer Leserschaft an dieser Stelle etwas nähergebracht werden soll. Die nachfolgenden Ausführungen sind dabei hauptsächlich dem Internetauftritt der HEP-BEJUNE (www.hep-bejune.ch) entnommen, da es die pädagogische Hochschule auf Anfrage der Bulletin-Redaktion wider Erwarten leider ablehnte, einen entsprechenden Beitrag für das Bulletin von Bernbilingue zu verfassen.

Nach fünfjährigen Vorarbeiten wurde die HEP-BEJUNE am 1. August 2001 als gemeinsame, französischsprachige pädagogische Hochschule der Kantone Bern, Jura und Neuenburg gegründet. Der Kanton Bern war zuvor mit Gesetz vom 23. November 2000 dem zugrundeliegenden «interkantonalen Konkordat vom 21. Januar 2000 zur Schaffung einer gemeinsamen Pädagogischen Hochschule der Kantone Bern, Jura und Neuenburg» beigetreten. Die Konkordatsbezeichnung benennt zwar explizit die Gründerkantone, die Vereinbarung steht aber auch weiteren Kantonen zum Beitritt offen. Sitz der Hochschule ist Pruntrut, als Ausbildungsstätten dienen nebst dem Sitzort jedoch auch Biel und La Chaux-de-Fonds, womit jeder der Vereinbarungskantone einen Standort zur Verfügung stellt. Die dieser interkantonalen Gründung zugrundeliegende Absicht war, eine pädagogische Hochschule zu schaffen, welche die von der



*Dr. Elias Hofstetter
Mitglied Vorstand
Bernbilingue*

kantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) seit 1995 geforderte «kritische Masse» von mindestens 300 Studenten erreicht, welche die Konkordatskantone einzeln nicht erzielen konnten. Als öffentlich-rechtliche Anstalt ist die HEP-BEJUNE demnach mit vier Hauptaufgaben betraut:

Erste Priorität kommt der (Weiter-)Ausbildung von Lehrpersonal (Vorschul- und

Primarstufe, Sekundarstufen I und II) nach Richtlinien, welche von der EDK und international anerkannt sind zu. Zweite Priorität kommt der Forschung im Bildungsbereich zu. An dritter Stelle soll die Hochschule im Bedarfsfall zugunsten der Gründerkantone weitere Dienstleistungen erbringen im Bereich der Steigerung der Qualität des Unterrichts und des Lehrberufes. An vierter Stelle steht schliesslich der Aufbau von nationalen und internationalen Kontakten und Kooperationen zur Gewährleistung der Mobilität der Studierenden sowie des Hochschulpersonals im Bereich der Ausbildung, Wissenschaft und Kultur.

Im Rahmen der erwähnten Ausbildung von Lehrkräften bietet die HEP-BEJUNE im einzelnen folgende Lehrgänge an:

- «Bachelor of Arts in Pre-Primary and Primary Education»: dieses Diplom berechtigt zur Lehr- bzw. Erziehungstätigkeit auf Vorschul- und Primarstufe. Es kann in einem dreijährigen Vollzeitstudium erworben werden und ist bezogen auf die Anzahl Studenten und

Unterrichtende sowie hinsichtlich der Studiendauer das wichtigste Standbein der HEP-BEJUNE.

- Dem erfolgreichen Erwerb des obgenannten Diploms kann sich ein teils vollzeitlicher, teils nebenberuflicher Masterstudiengang («Master of Arts/ Science in Secondary Education») von eineinhalb Jahren anschliessen, welcher zum Unterrichten in der Sekundarschulstufe I (Teil der obligatorischen Schulzeit) berechtigt.
- Schliesslich kann bei entsprechender Vorbildung in eineinhalb Jahren auch ein Diplom für den Unterricht auf Sekundarstufe I oder II (Mittelschulen) erworben werden.
- Nicht zuletzt bietet die HEP-BEJUNE mit dem «Master of Arts en enseignement spécialisé» (MAES) sowie einem «Master of Advanced Studies in Supervision» (MAS) weitere Nachdiplomstudien an, welche je drei Jahre beanspruchen und nebenberuflich absolviert werden.

Hervorzuheben ist, dass die Abschlüsse der erst 2001 gegründeten HEP-BEJUNE schweizweit als erste von der EDK anerkannt wurden.

Bereits die eingangs erwähnten verschiedenen Standorte belegen, dass die «Trikanonalität» sowie die Zusammenführung der kantonalen Vorgängerinstitutionen notwendigerweise eine etwas komplexere Hochschulorganisation zur Folge hatte. Die Strukturen konnten jedoch nach erfolgreichem Bestehen der Gründungsphase vereinfacht und effizienter gestaltet werden. So bildet das «Comité stratégique» als strategische Leitung das oberste Organ der HEP-BEJUNE. Es setzt sich zusammen aus den Erziehungsdirektoren der drei Vereinbarungskantone und zeichnet verantwort-

lich für strategische Weichenstellungen wie die Festlegung der allgemeinen und langfristigen Ziele der Hochschule, den Erlass der Studienpläne, die Ausrichtung der Forschungspolitik, die Zielsetzungen zur Evaluation und Qualitätskontrolle, die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, die Bestimmung der Finanz- und Verwaltungsgrundsätze sowie den Erlass zentraler Reglemente zu Personal, Studierenden und Studiengang. Bei diesen Grundsatzfragen kann keiner der beteiligten Kantone überstimmt werden, da die strategische Leitung seine Entscheide nur konsensual treffen darf. Der strategischen Leitung beigeordnet sind beratende Kommissionen mit spezifischen Mandaten (Wissenschaftskommission, HEP-Rat sowie die Zulassungskommission). Direkt der strategischen Leitung unterstellt ist der Rektor der Hochschule (seit dem 1. August 2008 Jean-Pierre Faivre), welcher zugleich die Schuldirektion mit ihren vier Abteilungsdirektoren (aus den Reihen der Standort- und Bereichsdirektoren) sowie dem Verwaltungsdirektor und der Direktorin für Dokumentation und Multimedia präsidiert. Nebst der operationellen Führung der Schule vertritt der Rektor die HEP-BEJUNE gegen aussen und ist ferner insbesondere verantwortlich für die Umsetzung der Entscheide der strategischen Leitung. Dem Rektorat sind ausserdem vier Fachdienste (Rektoratsbüro, Kommunikation, Qualitätssicherung/Controlling, Informations- und Kommunikationstechnologie in der Ausbildung) zugeordnet.

Der interkantonale Charakter der HEP-BEJUNE erklärt die Besonderheit, dass im Bereich der Dozentschaft in einigen wichtigen Punkten von den kantonalen Anstellungsbedingungen abgewichen werden kann (Anzahl Unterrichtsstunden, Pflichtenhefte, Gehaltsordnung). Die Dozenten können darüber hinaus verpflichtet werden,

ihre Tätigkeit an den drei Ausbildungsstandorten zu betreiben. Im übrigen gilt jedoch das Dienstrecht des Kantons, indem die Dozenten (und das übrige Personal) ihre Haupttätigkeit ausüben. Durch das Konkordat wurde die strategische Leitung nicht zuletzt sogar verpflichtet, für alle Neuangestellten mittelfristig ein einheitliches, das heisst selbständiges Personalstatut zu erlassen. Bereits angestellte Dozenten können ebenfalls unter das neue Statut gestellt werden, sofern dieses für sie vorteilhafter ist. Die Organisation und der Betrieb der HEP-BEJUNE selbst werden durch die erwähnte interkantonale Vereinbarung und die gestützt darauf erlassenen Reglemente geregelt. Das Recht des Sitzkantons Jura ist nur subsidiär anwendbar. Bei Streitigkeiten über die Anwendung des Konkordats bemühen sich die Vereinbarungskantone um eine gütliche Einigung. Scheitern die Einigungsbemühungen, entscheidet vereinbarungsgemäss ein Schiedsgericht nach Billigkeitsgrundsätzen (das heisst nach «Fairness» bzw. Gerechtigkeitsempfinden).

Die Interkantonaltät bringt weiter mit sich, dass die HEP-BEJUNE der Aufsicht der Kantonsregierungen und der Oberaufsicht der Parlamente der drei Vereinbarungskantone kumulativ untersteht. Die HEP-BEJUNE informiert deshalb die drei Kantonsregierungen zuhanden der parlamentarischen Kommissionen über ihre Tätigkeit und übermittelt den drei Parlamenten jährlich ihren Geschäftsbericht.

Im Gegenzug wird die HEP-BEJUNE im wesentlichen aus den Beiträgen der Vereinbarungskantone finanziert, deren Höhe von der strategischen Leitung verbindlich festgelegt werden. Die kantonalen Beiträge berechnen sich gemäss Konkordat nach folgendem Schlüssel:

- Jeder Kanton leistet einen Beitrag, der auf Grund des Mitbestimmungsrechts in den Organen der HEP-BEJUNE berechnet wird.
- Jeder Kanton leistet weiter einen Beitrag, der im Verhältnis zur Anzahl der von seinen Studierenden an der HEP-BEJUNE besuchten Stunden festgelegt ist.
- Schliesslich leistet jeder Kanton einen Beitrag, der im Verhältnis zur Anzahl der Stunden festgelegt ist, welche die Studierenden in den Ausbildungsstätten des eigenen Standorts besuchen.

Dieser Kostenverteilungsschlüssel berücksichtigt mithin das Mitbestimmungsrecht (interkantonales Element), die Inanspruchnahme der HEP-BEJUNE als Gesamteinstitution durch Studenten aus dem eigenen Kanton (interkantonales Element) sowie die Inanspruchnahme des eigenen Standorts durch eigene Studenten (innerkantonales Element) und sollte diese Elemente bzw. Belastungen austarieren. Dem Tätigkeitsbericht der HEP-BEJUNE 2006–2008 lässt sich allerdings entnehmen, dass die strategische Leitung die kantonalen Beiträge für 2006/2007 offenbar allein nach Massgabe des erstgenannten Mitbestimmungskriteriums bestimmte und die beiden weiteren Kriterien wie in früheren Beitragsjahren bewusst ausser Acht liess. So ergaben sich Beitragssätze von 50 % für den Kanton Neuenburg und je 25 % für die Kantone Bern und Jura. Die Budgets 2008 und 2009 wurden nach dem gleichen Verteilschlüssel aufgestellt. Zu den kantonalen Beiträgen kommen als Einnahmen Gebühren für Studien, Kurse und allfällige weitere Dienstleistungen der pädagogischen Hochschule hinzu.

In Zusammenhang mit den Finanzen sind folgende Zahlen erwähnenswert: 2006 und 2007 betrug die jährlichen

Gesamtaufwendungen rund 23 Millionen bzw. rund 22 Millionen Franken. Damit wurden 2006 unter anderem etwa 129 Vollzeitstellen finanziert, wobei die Stellenprozente im Verlaufe des akademischen Jahres 2007/2008 infolge befristeter Projekte weiter reduziert wurden. Im Berichtszeitraum 2006/2007 bis 2007/2008 kamen von insgesamt 274 bzw. 267 Studenten weitaus am meisten aus dem Kanton Neuenburg, nämlich deren 156 bzw. 151. 58 bzw. 54 Studenten kamen im gleichen Zeitraum aus dem Kanton Jura, 57 bzw. 58 aus dem Kanton Bern und zwei bzw. fünf Studenten gehören weiteren Kantonen an. Übereinstimmend studierten am meisten Personen im neuenburgischen La Chaux-de-Fonds, nämlich 136 (2006/2007) bzw. 129 (2007/2008) Personen. Der Standort Biel zählte im gleichen Zeitraum 74 Studenten und Pruntrut deren 64. Nebenbei sei erwähnt, dass von den Studierenden durchschnittlich 83,5 % Frauen und 16,5 % Männer sind.

Als interkantonale Institution des Jura-bogens bildet die HEP-BEJUNE also seit etwas über acht Jahren – soweit für Aussenstehende ersichtlich – erfolgreich französischsprachige Lehrkräfte vor allem für die Kindergarten-, Primar-

sowie die beiden Sekundarstufen aus. Die Interkantonalität bedingte insbesondere in der Schulorganisation, den Rechtsgrundlagen, der Finanzierung sowie der Aufsicht und Rechenschafts-ablage einige Besonderheiten. Trotz dieser Rücksichtnahmen auf die Vereinbarungskantone meisterte die HEP-BEJUNE die Gründungsphase und glänzte in dieser Zeit sogar mit der pionierhaften Anerkennung ihrer Diplome durch die EDK. Die HEP-BEJUNE kann deshalb heute wohl als Exempel einer geglückten interkantonalen Institution dienen. Schade also nur, dass die hiesige Vorstellung der HEP-BEJUNE nicht aus berufenerem Mund aus dem Kreis der Hochschule selbst erfolgen konnte.

La Haute École Pédagogique BEJUNE

Berne partie francophone, Jura et Neuchâtel déploie ses activités à Bienne, Porrentruy et la Chaux-de-Fonds.

Die Erziehungsdirektion des Kantons Bern führt eigens eine Abteilung Pädagogische Hochschulen (Section des hautes écoles pédagogiques «SHEP»).



...für Printmedien

Tanner Druck AG, Dorfstrasse 5, 3550 Langnau

Tel. 034 402 10 80, Fax 034 402 10 33, tanner.druck@bluewin.ch

Le BLS au service des Romands

bls. Le va-et-vient des pendulaires pour raisons professionnelles, entre les régions francophones limitrophes et la ville fédérale, a véritablement pris naissance vers la fin des années soixante. Il s'agissait avant tout de personnes travaillant aux différents offices de la Confédération. Jusque-là, une grande partie des « fonctionnaires fédéraux » venant d'outre Sarine, étaient établis dans l'agglomération bernoise avec leur famille. Pour ne pas se trouver complètement isolés de leurs racines culturelles et linguistiques, ils se regroupèrent dans des clubs ou associations cantonales. On se retrouvait alors entre gens du pays, entre Romands. Souvent, les parents envoyaient leurs enfants à l'école de langue française à Berne.

L'étoffement des horaires de chemins de fer au début des années septante et surtout l'introduction de l'horaire cadencé en 1982 changea complètement la donne. C'est également à cette même période que les entreprises ainsi que les offices cantonaux et fédéraux introduisirent l'horaire libre, permettant aux pendulaires d'arriver de bonne heure le matin et de repartir tôt le soir chez eux. Si les vétérans Romands et leurs enfants continuèrent de rester à Berne, les nouveaux venus avaient à présent la possibilité de continuer d'habiter dans leurs cantons respectifs ou du moins en région francophone et de faire chaque jour le voyage aller-retour depuis leur domicile. Au début, les déplacements étaient relativement courts, ne dépassant que rarement les villes de Fribourg ou de Neuchâtel. Avec le temps, les distances devinrent de plus en plus longues. D'aucuns venaient alors chaque jour depuis Payerne, Yverdon, La Chau-

de-Fonds ou Lausanne, voire même parfois de plus loin. L'offre horaire s'adapta elle aussi petit-à-petit à la demande avec des correspondances étroites dans les gares de Fribourg, Neuchâtel ou Bienne.

Depuis 1901, la compagnie BN (Berne-Neuchâtel), exploitée alors par le Chemin de fer des Alpes bernoises Bern-Lötschberg-Simplon, offrait ses prestations directes de et vers Berne. En 1997, on envisagea la mise en place d'un système de réseau express régional dans la grande couronne de Berne. La première ligne véritablement « translinguistique » du S-Bahn Berne fut la S1 Fribourg-Berne-Thoune en 1997, suivis un an plus tard par les lignes S5 Berne-Neuchâtel et S6 Berne-Chiètres-Morat-Avenches-Payerne. A partir de 2005, avec la prise en charge du système S-Bahn Berne par le BLS, la S5 et la S6 sont regroupées en S5 avec séparation et rajout des trains en gare de Chiètres. Sur l'ensemble de ces lignes, la cadence horaire fut petit-à-petit étoffée à la demi-heure durant toute la journée.

En 1997, les chemins de fer coexploités du BLS, SEZ, GBS et BN fusionnent avec la compagnie du BLS Chemin de fer des Alpes bernoises, qui devient BLS Chemin de fer du Lötschberg SA. En 2006, le BLS Chemin de fer du Lötschberg SA et les RM Transports Régionaux du Mittelland deviennent la nouvelle société BLS SA. Une des lignes RM, exploitées par le BLS depuis la fusion, est celle qui mène de Soleure à Moutier, qui franchit la crête sud du Jura sous le Weissenstein par un tunnel long de 3,7 km. Il s'agit alors de la 4^{ème} ligne « translinguistique » exploitée par le BLS.

Le passage des frontières linguistiques implique la connaissance des langues correspondantes pour le personnel ferroviaire. Ainsi, un conducteur de locomotive ne sera habilité à circuler sur le réseau d'expression française ou allemande que s'il possède les connaissances suffisantes de la langue correspondante et de pouvoir se faire comprendre dans les différentes situations rencontrées.

Avec près de 40 conducteurs de locomotive, le dépôt de Neuchâtel possède la plus grande communauté francophone du réseau. Généralement, toutes les informations les concernant, mais également les circulaires au personnel sont systématiquement traduites de l'allemand en français.

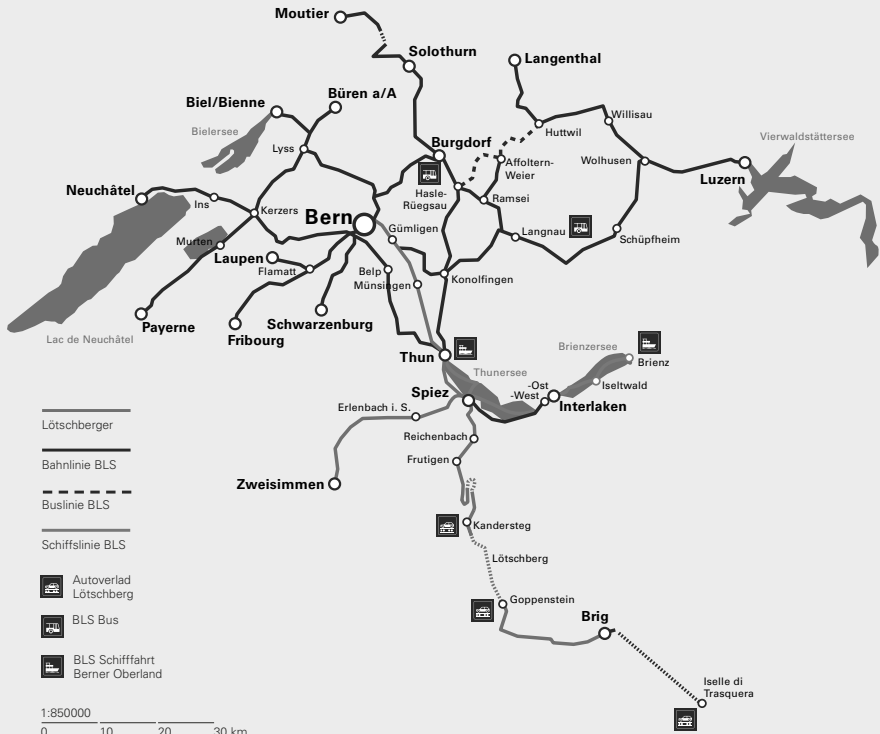
Dans le quotidien ferroviaire, la langue française joue également un rôle important à d'autres endroits. Traverser la Sarine, la Thielle ou passer sous le Weissenstein, cela veut dire aller à la rencontre de la clientèle francophone, de l'accompagner et de l'informer dans sa langue de façon audio-visuelle, aussi bien sur les quais de gare que dans les trains. Il en va de même pour les réponses au courrier qui nous parvient.

Les prestations du trafic régional voyageur sont commandées par les cantons concernés. Là aussi, les offres horaires à soumettre, notamment aux cantons de Neuchâtel, Fribourg et Vaud sont rédigées en langue française. Les presta-

tions horaires se négocient entre l'Office fédéral des transports, les cantons et les compagnies de chemin de fer.

Un service de traduction allemand-français est en place au BLS depuis sa création en 1906. Avec la participation financière de la France à la construction de la ligne de faite du Lötschberg entre 1906 et 1913 et du tunnel du Mont-de-Granges long de 8,58 km entre 1911 et 1915 (ligne Moutier-Lengnau), un grand nombre de documents officiels relatifs à la construction ainsi que les rapports de gestion étaient traduits dans la langue de Voltaire. Jusqu'en 1997, date de la dissolution de la compagnie du Chemin de fer Berne-Neuchâtel, les rapports de gestion étaient également rédigés en français. Pour les nombreux actionnaires résidant en Suisse romande ou en France, les convocations aux assemblées générales de BLS SA se font de nos jours encore dans les deux langues et le rapport de gestion de BLS SA est complété par un résumé en français.

A part les prestations marchandises sur l'axe Lötschberg – Simplon jusqu'à Domodossola, BLS Cargo est également actif sur l'axe du Gothard entre Bâle et Chiasso. A Chiasso, le BLS dispose de conducteurs de locomotives de langue italienne, la culture linguistique italienne tient ainsi une bonne place au BLS. Actuellement, 24 nations sont représentées au sein du personnel BLS.



Die BLS im Dienste der Romands

bls. Das berufliche Pendeln zwischen den nahegelegenen französisch sprechenden Regionen und der Bundesstadt hat erst Ende der sechziger Jahre so richtig eingesetzt. Es handelte sich dabei vorwiegend um Personen, die in verschiedenen Bundesämtern ihrer Arbeit nachgehen. Bis dahin, waren viele «Bundesbeamten», wie man damals zu sagen pflegte, für mehr oder weniger lange Zeit mit der Familie in Bern oder Umgebung angesiedelt. Um nicht vollumfänglich von den kulturellen und sprachlichen Wurzeln getrennt zu sein, waren viele von ihnen Mitglieder kantonalen Vereine, wo man sich regelmässig traf und sich über die Heimat unterhielt. Die Kinder dieser Romands gingen zu einem grossen Teil in die französische Schule in Bern.

Mit der Fahrplanverdichtung Anfang der siebziger Jahren und ganz besonders ab der Einführung des Taktfahrplans 1982 veränderten sich die Gewohnheiten. In diese Zeit fällt auch die gleitende Arbeitszeit, sowohl in der Privatwirtschaft als auch bei Bund und Kantonen. Pendler konnten von nun an früh morgens am Arbeitsplatz sein und am Abend bereits ab 16.00 Uhr diesen wiederum verlassen. Während die alteingesessenen Romands weiterhin in Bern verblieben, bevorzugten die Neuankömmlinge jeden Tag von ihrem Wohnort aus nach Bern und zurück zu pendeln. Zu Beginn waren die Distanzen noch relativ bescheiden, man kam täglich von Freiburg oder Neuenburg her. Nach und nach verlängerten sich jedoch die Pendelfahrten. Arbeitnehmer aus Payerne, Yverdon, La Chaux-de-Fonds und Lausanne, ja sogar von weiter her, sind heute gang und gäbe. Der Fahrplan

passte sich allmählich der Nachfrage an und die Anschlussmöglichkeiten in Freiburg, Neuenburg und Biel wurden entsprechend optimiert.

Ab 1901 erbrachte die von der BLS Berner Alpenbahn-Gesellschaft Bern-Lötschberg-Simplon mitbetriebene BN Bern-Neuenburg-Bahn, direkte Verbindungen zwischen Bern und Neuenburg. Mit der Verkehrsteilung Fernverkehr-Nahverkehr zwischen den SBB und der BLS. Im Jahr 1997 wurde das Berner S-Bahn-System eingeführt. Die erste sprachgrenz-überschreitende S-Bahn, war die Linie S1 Freiburg-Bern-Thun im Jahr 1997, gefolgt ein Jahr später von der S5 Bern-Neuenburg und S6 Bern-Kerzers-Murten-Avenches-Payerne. Ab 2005 – mit der Übernahme der S-Bahn Bern durch die BLS – werden die beiden letzteren Linien zur S5 zusammengefügt. Flügelzüge verbinden seither die beiden Endstationen ab Bern. Die Trennung und das Zusammenfügen der Züge erfolgt jeweils in Kerzers. Auf allen S-Bahn-Linien wird nach und nach der Halbstundentakt eingeführt.

1997 fusionieren die mitbetriebenen Bahnen SEZ (Spiez-Erlenbach-Zweisimmen), GBS (Gürbetal-Bern-Schwarzenburg-Bahn) und BN (Bern-Neuenburg-Bahn) mit der Berner Alpenbahn-Gesellschaft BLS, diese wird zur BLS Lötschbergbahn AG.

2006 wird aus der BLS Lötschbergbahn AG und der RM Regionalverkehr Mittelland die neue BLS AG. Eine der aus der Fusion von der BLS betriebenen RM-Linien ist diejenige von Solothurn nach Moutier (ehemals SMB), die die südliche Jurakette beim Weissenstein, mittels einem

3,7 km langen Tunnel durchfährt. Es handelt sich dabei um die vierte, die Sprachgrenze überschreitende Linie der BLS AG.

Das Passieren der Sprachengrenze bedingt für das Bahnpersonal das Beherrschen der jeweiligen Sprachen. So darf zum Beispiel ein Lokführer nur in der betreffenden Sprachregion fahren, wenn er über die nötigen Sprachkenntnisse verfügt und sich entsprechend verständigen kann.

Mit rund 40 Lokführern verfügt das Depot Neuenburg über die grösste frankophone Gemeinschaft innerhalb der BLS. Alle Informationen die sie betreffen, aber auch die internen Personalrundschriften werden vom deutschen Originaltext ins Französische übersetzt.

Im Eisenbahnalltag spielt die französische Sprache auch an anderen Orten eine wichtige Rolle. Über die Saane, die Zihl oder durch den Weissenstein zu den Romands zu fahren, das heisst auch die Französisch sprechende Kundschaft zu begleiten und zu informieren, sowohl in den Bahnhöfen als auch in den Zügen.

Die Dienstleistungen des Regionalverkehrs werden durch die Kantone bestellt. Die zu unterbreitenden Offerten an die Kantone Neuenburg, Freiburg und Waadt müssen demzufolge auf Französisch verfasst werden. Die Offerten werden zwischen dem Bundesamt

für Verkehr, den Kantonen sowie den Eisenbahnunternehmen ausgehandelt. Damit die Sprachen professionell gepflegt werden, besteht bei der BLS – seit ihrer Gründung im Jahr 1906 – ein Übersetzungsdienst. Mit der Finanzierungsbeteiligung von Frankreich zum Bau der Lötschberg-Bergstrecke und dem Scheiteltunnel zwischen 1906 und 1913 sowie der Moutier–Lengnau-Bahn mit dem 8,5 km langen Grenchenberg-Tunnel, zwischen 1911 und 1915, wurden praktisch alle offizielle Schreiben, Baudokumente und Geschäftsberichte in die französische Sprache übersetzt. Die Geschäftsberichte der BN Bern–Neuenburg-Bahn wurden bis zu deren Auflösung 1997 ebenfalls in Französisch verfasst. Heute noch werden die Einladungen zu den Generalversammlungen der BLS AG, für die zahlreichen in der Romandie und in Frankreich residierenden Aktionäre, in beiden Sprachen Deutsch und Französisch versendet. Der Geschäftsbericht wird jeweils in einem französischen Résumé zusammengefasst.

BLS Cargo-Züge befahren – nebst der Lötschbergachse nach Domodossola – auch die Gotthardachse von Basel nach Chiasso. In Chiasso verfügt die BLS über Lokführer italienischer Muttersprache. Damit hat die italienische Sprachkultur in der BLS ebenso ihren Platz. Zudem arbeiten in unserem Unternehmen zum jetzigen Zeitpunkt Menschen aus 24 Nationen.

Mittagstisch mit den bernischen Grossrätinnen und Grossräten

Dem Gedankenaustausch über die Parteilinien hinweg, dient jeweils einmal im Jahr ein einfacher Mittagstisch zu dem BERNbilingue die Grossrätinnen und Grossräte sowie Mitglieder des Regierungsrates einlädt. Vorstandsmitglied Grossrat Christian Hadorn (SVP), Ochlenberg ist jeweils für die Organisa-

tion besorgt. Dieses Jahr stand der Anlass im Zeichen der Wahl von Grossratspräsidentin Chantal Bornož Flück (SP) aus La Heutte (Berner Jura). Der Präsident der Vereinigung, Dr. Michael Stämpfli, überreichte ihr mit den besten Wünschen ein Symbol; eine prächtige Rose.



Pflege der Freundschaft

Bei schönstem Sommerwetter veranstaltete die Force démocratique auch dieses Jahr wieder auf den Weiden des Mont Girod das traditionelle, beliebte, diesmal von den «Sangliers» organisierte, Picknick.

Es nahmen daran unter anderem Nationalrat Dr. Jean-Pierre Graber (La Neuveville) Grossrat Silvain Astier (Moutier), alt Nationalrat Marc-André Houmard und Regierungsstatthalter Jean-Philippe Marti (Moutier) teil.

Im Namen der Vereinigung BERN-bilingue (Freunde des Berner Jura) überbrachte eine kleine Abordnung der Vereinigung BERNbilingue die besten Grüsse und Wünsche und übergab dem Präsidenten der Force démocratique, Roland Benoît, zum Zeichen der Verbundenheit einen Berner Lebkuchen mit Widmung.

In seinem Grusswort unterstrich Roland Benoît die enge Beziehung des Berner Jura zum zweisprachigen Kanton Bern.



Tramelan – Étang de la Gruère – Les Cerlatez

**Jura, le pays de l'homme, du cheval
et des grands espaces**

De notre gare à **Tramelan**, montez la Grand-Rue, passez entre les magasins Migros et Coop en direction de la forêt. Puis, traversez le plateau des Reussilles. Au pt 1027, traversez la route cantonale Les Reussilles–Les Genevez et montez le petit chemin jusqu'au pt 1030 à l'ouest de la Préparotte, pour redescendre ensuite au **Cernil**. A la Chaux-de-Tramelan, à l'intersection des routes cantonales (pt 994), choisissez le chemin naturel qui part à travers le pâturage. Après 700 m environ, au « brise-vent » (pt 989), bifurquez à droite sur le sentier peu visible. Un mur de pierres sèches marque la frontière Berne–Jura, à partir duquel un lacet droite-gauche-droite traverse le pâturage boisé jusqu'au Moulin de la Gruère. Ensuite, veuillez traverser le chantier de la scierie pour gagner la digue de **L'Étang de la Gruère**. C'est la plus exceptionnelle curiosité naturelle du Jura et des Franches-Montagnes. Le pin

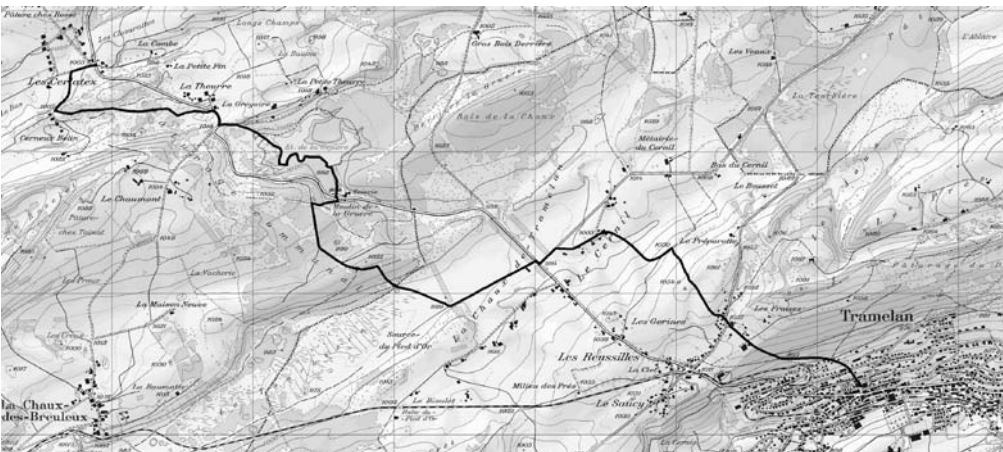
et le bouleau nain y dominant. Sa flore est comparable à celle qui pousse aux abords des étangs du Grand Nord. Placé sous protection, il est devenu en quelque sorte un petit parc national dans le Jura.

De la digue de l'étang, choisissez à gauche le sentier qui se déroule en direction du hameau de **La Theurre** (restaurant/arrêt bus). De cet endroit, en laissant la route sur votre droite, l'itinéraire traverse le pâturage tout en formant une boucle pour atteindre le Centre Nature des **Cerlatez** (arrêt de bus) qu'il vaut grandement la peine de visiter.

Tramelan – Étang de la Gruère – Les Cerlatez

2 heures 30 minutes

- Distance 9,4 km
- Montée totale 281 m
- Altitude maximale 1054 m
- Altitude minimale 889 m
- Descente totale 167 m





Der Jura – das Land der Menschen, der Pferde und des weiten Raums

Von unserem Bahnhof **Tramelan** folgt man der Grand-Rue hinauf. Zwischen den Läden Migros und Coop schlägt man den Weg in Richtung Wald ein und wandert dann über die Hochebene Les Reussilles. Bei Punkt 1027 überquert man die Kantonsstrasse Les Reussilles–Les Genevez und folgt einem kleinen Weg hinauf zu Punkt 1030 westlich von La Préparotte; dann geht es wieder hinunter nach **Le Cernil**. Bei der Kreuzung der Hauptstrassen in La Chaux-de-Tramelan (Punkt 994), nimmt man den Naturpfad durch das Weideland. Nach etwa 700 m, beim «Windbrecher» Punkt 989, zweigt man rechts auf einen etwas versteckten Weg ab. Eine Steinmauer markiert die Kantonsgrenze Bern–Jura; von da führt der Weg in Windungen rechts-links-rechts durch Waldweiden bis zum Moulin de la Gruère. Danach

überquert man das Gelände der Sägerei und erreicht den Erddamm des Moorsees **Étang de la Gruère**, einer eizigartigen Natur-Sehenswürdigkeit im Jura und in den Freibergen. Die Flora der Gegend mit ihren vielen Föhren und Zwergbirken gleicht derjenigen, die an den Ufern der Seen im hohen Norden wächst. Der Weiher steht unter Naturschutz und ist eine Art Mini-Nationalpark im Jura geworden.

Vom Damm des Sees aus nimmt man den Weg links, der in Richtung des Weilers **La Theurre** führt (Restaurant, Bushaltestelle). Hier geht der Weg links der Strasse durch Weideland weiter und führt in einer Schlaufe zum Centre Nature **Les Cerlatez** (Bushaltestelle) – ein Besuch ist sehr zu empfehlen.

Tramelan–Étang de la Gruère– Les Cerlatez

2 Stunden 30 Minuten

- Distanz: 9,4 km
- Gesamtanstieg 281 m
- Höchste Höhe 1054 m
- Minimale Höhe 889 m
- Gesamtabstieg 167 m

*Berner Wanderwege BWW
Moserstrasse 27, 3000 Bern 25
Telefon 031 340 01 11, Fax 031 340 01 10
Mail: info@bernerwanderwege.ch
Web: www.bernerwanderwege.ch*



Pro Patria – 100 Jahre jung!



Der festliche Sonderblock «Pro Patria 1909–2009» ruft in Erinnerung, dass die 1991 aus dem Schweizerischen Bundesfeier-Komitee hervorgegangene Schweizerische Stiftung Pro Patria dieses Jahr ihren 100. Geburtstag feiert. Dank der Solidarität der Bevölkerung konnte die traditionsreiche Institution in den vergangenen 100 Jahren inflationsbereinigt rund 500 Millionen Franken Spendengelder für soziale und kulturelle Projekte einsetzen.

Die reizvolle Briefmarkenserie 2009, bestehend aus zwei A- und zwei B-Marken, trägt zum dritten und letzten Mal das nationale Thema «Kulturwege Schweiz» in die breite Bevölkerung hinaus. Die vier Briefmarken sind folgenden historischen Routen gewidmet: Via Salina, Via Francigena, Via Spluga und Via Rhodana. Die Fachstelle Via Storia (Zentrum für Verkehrsgeschichte) hat ihren Sitz in der Stadt Bern und erarbeitet gegenwärtig zusammen mit Pro Patria und der Pädagogischen Hochschule PH Bern Didaktikgrundlagen zum Thema Kulturwege Schweiz. In der Romandie unterstützt die Pädagogische Hochschule Wallis dieses schul- und stufengerechte Projekt.

Jedes Jahr fließen namhafte Pro Patria-Förderbeiträge in den Kanton Bern. So werden insbesondere zahlreiche denkmalpflegerische Projekte, die das Bild unserer Heimat prägen, finanziell unterstützt. Dazu kommen kulturelle Schwerpunkte wie etwa der Bärenpark in der Stadt Bern, der einen Beitrag von Fr. 100'000.– zugesprochen erhielt. In diesem Fall stand das Argument der zeitgemässen Haltung des Berner Wapentiers ebenso im Zentrum der Überlegungen wie etwa der Identitätswert dieser Berner Attraktion.

Nicht unerwähnt bleiben darf die Tatsache, dass das Jubiläumsprojekt der Schweizerischen Stiftung Pro Patria – nämlich die ständige Ausstellung des rund 1000 Quadratmeter grossen Panoramagemäldes der Schlacht bei Murten – einerseits nationale Bedeutung hat, durch den geplanten Standort beim Historischen Museum Bern der Aarestadt ganz besonders zur Ehre gereicht.



BERNbilingue Vorstand

Stämpfli Michael
Dr. iur., Fürsprecher

Präsident
mstaempfli@bluewin.ch
Kirchackerstrasse 21, 3074 Muri bei Bern

Schenker Urs
Fürsprecher

Sekretär
info@bernbilingue.ch
Effingerstrasse 4a, 3011 Bern

Gerber-Streit Hans
Eidg. dipl. Fachmann in
Kommunikation und Administration
Geschäftsführer

Vizepräsident, Regionalvertreter
Emmental-Oberaargau
Redaktor BERNbilingue
signautourismus@bluewin.ch
Riedstrasse 3, 3535 Schüpbach

Gauchat Emile
a. Cdt d'arrondissement
militaire 9 a BE

Regionalvertreter Biel-Seeland
emilegauchat@bluewin.ch
Pierre-Grise, 2518 Nods

Hadorn-Schafroth Christian
Kaufmann/Grossrat

Politische Beziehungen
chris@hadorns.ch
Dornegghubel 52, 3367 Ochlenberg

Hofstetter Elias
Dr. iur., Fürsprecher

Mitgliederwerbung
hofstetter@ambralaw.ch
Viktoriastrasse 61, 3013 Bern

Hubacher Peter Rolf
Sekundarlehrer phil. hist.

Regionalvertreter Bern
Altstadt 20, 3235 Erlach

Knecht Susanna
Hausfrau/dipl. Krankenschwester

Regionalvertreterin Oberland
s.knecht@spiez.ch
Tannenweg 46, 3700 Spiez

Meier Ulrich
Dipl. Ing. ETH

ru.meier-spiez@swissonline.ch
Stutzstrasse 5, 3702 Hondrich

Egger-Jenzer Barbara
Fürsprecherin/Regierungsrätin

Mitglied
Reiterstrasse 11, 3011 Bern

Sekretariat BERNbilingue

Sekretariat
Effingerstrasse 4a, 3011 Bern
Telefon 031 381 21 21

Mitgliedschaft im Verein BERNbilingue

Liebe Leserin, lieber Leser

Mit heutiger Post haben Sie die neueste Ausgabe des Bulletins von BERNbilingue (Freunde des Berner Jura) erhalten. Sie finden darin zahlreiche interessante Beiträge.

Seit 1976 setzt sich unsere Vereinigung für den Fortbestand des zweisprachigen Kantons Bern, die Förderung des friedlichen Zusammenlebens zweier Kulturen und Konfessionen, sowie die Vertiefung der Beziehungen und Kontakte zwischen den französischsprachigen Teilen des Kantons Bern, im besonderen den Berner Jura, ein.

Sollten Sie noch nicht Mitglied unserer Vereinigung (bisher Freunde des Berner Jura/Les amis du Jura bernois) neu «BERNbilingue» sein, so laden wir Sie herzlich ein, dies noch heute zu werden.

Den Beitrittstalon finden Sie auf der Rückseite dieses neuen Bulletins. Sie brauchen ihn bloss auszufüllen und einzusenden. Wir würden uns freuen, wenn wir Sie an der nächsten Vereinsversammlung begrüßen dürften.

Mit freundlichen Grüssen
Verein BERNbilingue
Der Vorstand

Bitte
frankieren

BERNbilingue
Freunde des Berner Jura
Amis du Jura bernois
Effingerstrasse 4a
3011 Bern



Es würde uns freuen, wenn Sie sich entschliessen könnten, dem Verein «Bernbilingue» (Freunde des Berner Jura/Les amis du Jura bernois) beizutreten und sich mit uns zusammen für einen zweisprachigen Kanton Bern als unverzichtbares Bindeglied in der Eidgenossenschaft einzusetzen.
Für Ihre Anmeldung danken wir Ihnen im voraus.

Ihr Vorstand «BERNbilingue»



Das Anliegen von «BERNbilingue» ist mir sympathisch.

Ich trete als Mitglied der Vereinigung «BERNbilingue»
(Freunde des Berner Jura / Amis du Jura bernois) bei.
Jahresbeitrag Fr. 40.–
Gönnerbeitrag Fr. 100.–/jährlich
Juristische Personen Fr. 100.–/jährlich

2/2009

Name und Vorname _____

Adresse _____

PLZ / Ort _____

Telefon / Fax / E-Mail _____

Datum _____

Unterschrift _____